

Zeltweger

Nummer 74

www.kpoe-steiermark.at

NACHRICHTEN

Ausgabe 74, März 2010, zugestellt durch Post.at

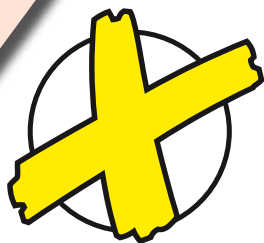
Zeitung der **KPO** ZELTWEG

Eine wichtige Stimme

im Gemeinderat

**Wir ersuchen
um Ihr
Vertrauen!**

**KPÖ-Gemeinderat
Peter Lorberau**



KPÖ
LISTE 3

Kinderland-Maskenball



400 große und kleine Gäste tummelten sich am heurigen Kinderland-Maskenball. Die AkteurInnen waren als Instrumente kostümiert, sie spielten und tanzten mit den Kindern die ganzen zwei Stunden über. Wolfgang Lindner machte die Musik dazu. Beim Tipp-Spiel und dem Faschingstoto gab es schöne Preise zu gewinnen. Es war wieder einmal, wie schon seit ganz vielen Jahren, ein schöner und lustiger Ball für Kinder. Über zwanzig MitarbeiterInnen sorgten für ein gutes Gelingen. Kinderland-Zeltweg bedankt sich bei allen HelferInnen für die Mitarbeit.

KPÖ stellt Antrag auf Flugeinsatzplan

Gegen den Ankauf der Draken gab es eine starke Widerstandsbewegung. Um die Bevölkerung zu beruhigen und um die Belastungen durch den Fluglärm und die Abgase zu begrenzen, gab es für die Draken einen Flugeinsatzplan, der die Flüge auf ganz Österreich verteilte und die Anzahl der Starts und Landungen begrenzte. Außerdem wurde mit den Aichfeld-Gemeinden und dem Bundesheer ein gemeinsames Gremium geschaffen, in dem über die Einsätze der Draken und über Beschwerden gesprochen wurde. Für die Eurofighter gibt es keine solche Regelung.

Es mehren sich die Beschwerden der Bevölkerung über den Flugbetrieb und die damit verbundenen Belastungen. Die Eurofightereinsätze finden nicht wie früher bei den Draken, im wesentlichen nur am Dienstag statt, sondern erfolgen die ganze Woche über. Um die Bevölkerung zu entlasten, sollte ein verbindlicher Flugeinsatzplan eingeführt werden. Außerdem sollte das Kontaktgremium zwischen den Aichfeld-Gemeinden und dem Bundesheer wieder installiert werden. Den entsprechenden Antrag hat die KPÖ im Landtag eingebracht. Wir hoffen auf die Unterstützung durch die anderen Parteien.

Bahnhof-Umbau

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde über den Bahnhofumbau berichtet. Hier einige Informationen: Die Bahn hat den Umbau des Bahnhofes beschlossen, der Baubeginn ist noch nicht fixiert. Der Bahnhof soll ca. 150 m in östlicher Richtung gebaut werden. Es ist jedoch kein großes Gebäude geplant, dadurch wird es auch kein Restaurant mehr geben.

Der Zugang zu den Bahnsteigen wird nicht wie üblich

unterirdisch, sondern über den Gleisen mit einer Verbindung auch zur Hauptstraße erfolgen. An Lärmschutzmaßnahmen sind 2 x 3 km lange Lärmschutzwände vorgesehen. Um das Projekt realisieren zu können, ist eine Unterführung im Bereich Schlager die Voraussetzung. Die derzeitige Unterführung bei der Feldgasse ist nur mehr für die Benutzung durch Fußgänger und Radfahrer vorgesehen

Nicht öffentliche Sitzungen: Kritik hatte Erfolg

Im Gemeinderat und in unserer Zeitung haben wir kritisiert, dass im Gemeinderat sehr viele Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt wurden. Nachdem es sich hier um für die ZeltwegerInnen wichtige Angelegenheiten gehandelt hat, und es auch um Steuergeld ging, hielten wir diese Vorgangsweise für falsch und haben das aufgezeigt.

Es freut uns, dass unsere Kritik Früchte getragen hat. In der letzten Gemeinderatssitzung war nur mehr, wie vom Gesetz vorgeschrieben, „Personelles“ in der nicht-öffentlichen Sitzung. Wir hoffen, dass diese Verbesserung von Dauer ist und es sich nicht wieder einschleicht, manche Angelegenheiten unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu verhandeln.

Behindertenparkplatz



Lange Zeit gab es im Einkaufszentrum keinen Behindertenparkplatz. Nun wurde auf Initiative der KPÖ ein solcher Parkplatz errichtet. Wir möchten uns im Sinne der Behinderten von Zeltweg und Umgebung bei allen Beteiligten dafür bedanken.

Schneeräumung

Uns ist aufgefallen, dass die Schneeräumung gut funktioniert hat. Dafür gebührt den Beschäftigten der Stadtgemeinde ein Lob.

Das meint die KPÖ zum Budget 2010

KPÖ-GR Peter Lorberau hat im Gemeinderat zum Budget der Stadtgemeinde folgendes festgehalten:

Zeltweg ist eine finanzkräftige Gemeinde. Dennoch gibt es auch bei uns Finanzprobleme. Der ordentliche Haushalt (das sind alle laufenden Einkünfte und Ausgaben der Gemeinde) stagniert. Die Zahlen des mittelfristigen Finanzplans sind geprägt von der Krise des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Aus dem mittelfristigen Finanzplan geht hervor, dass der ausserordentliche Haushalt (das sind die verschiedensten Projekte der Gemeinde) zurückgeschraubt werden soll.

Tagtäglich hören wir von den unglaublichen Summen, die in der Finanzwelt verzockt wurden, gleichzeitig haben die Manager Rekordsummen eingestreift. Auch am Gemeindebudget sehen wir, wer für die Krise bezahlen muss: jene, die sie gar nicht verursacht haben. Die Ausgaben im Sozialbereich steigen. Ein wesentlich Grund dafür ist, dass die privaten Heimbetreiber die Tagessätze der Pflegeheime in die Höhe treiben.

Für die KPÖ ist ein hoher Sozialstandard ein Menschenrecht. Hier geht es um faire Lebensbedingung und um Menschenwürde. Denn die Höhe der Sozialausgaben muss daran gemessen werden, wie reich eine Gesellschaft insgesamt ist. Wir leben in einem sehr reichen Land. Es gibt in Österreich sehr viel Geld, es ist nur in den falschen Händen.

Dazu nur ein Beispiel: Allein die **zehn** reichsten ÖsterreicherInnen haben laut Armuts- und Reichtumsbericht die unvorstellbare Summe von 63,5 Milliarden Euro steuerschonend in Privatstiftungen geparkt. Das sind rund 8.700 Milliarden Schilling.

Eine Reichensteuer ist daher Gebot der Stunde. Darum hat die KPÖ – auch in Zeltweg – Unterschriften gesammelt. Eine Petition mit 5.000 Unterschriften wurde im Nationalrat übergeben. Wir brauchen eine stärkere Besteuerung von Vermögen. Auch, um die Gemeindefinanzen zu stärken.

Vorsicht Falle



Auf der Straße vor dem Sportzentrum wurden zwei sehr scharf aufragende Schwellen errichtet. Zwar wurde nun ein Hinweisschild aufgestellt, aber das ist keine optimale Lösung. Die Schwellen müssten einen sanfteren Verlauf haben.

Liebe Zeltweggerinnen und Zeltwegger!

Unter dem Motto „Eine wichtige Stimme im Gemeinderat kandidiere ich bei der Gemeinderatswahl am 21. März als Spitzenkandidat der KPÖ. Nach dem Ausscheiden von Ernst Wieser vertrete ich die KPÖ seit nun knapp zwei Jahren im Gemeinderat. Ich war viele Jahre in der Gewerkschaftsbewegung aktiv und Betriebsrat in der Voest Alpine.

Die Gemeindepolitik war Neuland für mich. Inzwischen habe ich mich als Gemeinderat und Obmann des Prüfungsausschusses gut eingearbeitet. Ich habe schon einiges erreicht, z.B. den Behindertenparkplatz im Einkaufszentrum. Dass nun wichtige Tagesordnungspunkte nicht mehr, wie bisher üblich, in der nicht-öffentlichen Sitzung des Gemeinderates verhandelt werden, ist wichtig für die Gemeindegemeinschaft und das ist auf Grund meiner Kritik geschehen.

Die KPÖ steht für soziale Gerechtigkeit und ist auf der Seite der arbeitenden Menschen. Wir sind gegen Privilegien und für eine Umverteilung des Reichtums. Um diesen Weg fortsetzen zu können brauche ich Ihre Unterstützung.

Ich ersuche Sie deshalb um Ihr Vertrauen.

Ihr KPÖ-Gemeinderat

Peter Lorberau

Kontakt:

Telefon: 0664/4047721

E-Mail: p.lor@hotmail.com

**Die oben richten sich's –
Wir zahlen die Zeche**

Für Gerechtigkeit!

www.kpoe-steiermark.at



KPÖ
im Gemeinderat



Ing. Eduard Krivec

Eine Stimme für die KPÖ ist eine Stimme für die Menschen in unserer Stadt

Seit vielen Jahrzehnten, mit einer Unterbrechung, ist die kommunistische Fraktion im Zeltweger Gemeinderat vertreten. Ich selbst gehörte diesem Gremium bis zu meinem freiwilligen Ausscheiden 25 Jahre an.

Als kleine Fraktion können und wollen wir vor einer Wahl keine großen Versprechungen machen. Unsere Leitsatz war und ist: **Initiative, Kontrolle und Information**. Wir treten im Gemeinderat vor allem für jene Menschen ein, die sonst oftmals durch den Rost fallen. Unsere Kontrolle in der Gemeindestube können wir objektiv ausüben ohne auf Regierungs- und Landtagsparteien Rücksicht nehmen zu müssen. Mit unseren gern gelesenen Zeltweger Nachrichten informieren wir die ZeltwegerInnen über das, was im Gemeinderat geschieht vor allem auch über unsere Arbeit.

Peter Lorberau bringt als Spitzenkandidat unserer Fraktion für die Anforderungen, die an einen Gemeinderat gestellt werden, die besten Voraussetzungen mit. Seine langjährige Erfahrung als Betriebsrat ist für seine Tätigkeit als Gemeinderat ein zusätzliches wichtiges Fundament. Eine Unterstützung der KPÖ mit Peter Lorberau bringt eine ehrliche und verlässliche Stimme im Gemeinderat für die Menschen in unserer Stadt.

Ing. Eduard Krivec

Meine Gedanken

Wir als KommunistInnen werden oft gefragt, warum wir gegen „Alles“ sind. Zum Beispiel in unserer Region gegen Abfangjäger oder gegen die Flugshow. Oder warum wir der Flugzeugausstellung und dem A1-Ring gegenüber kritisch eingestellt sind.

Nun ich als Hausfrau denke ganz einfach: Eine Familie, die ja angeblich die Keimzelle des Staates ist, muss beim Budget, das ihr zur Verfügung steht Prioritäten setzen. Das heißt, ich muss mich in erster Linie um meine Kinder kümmern, dass sie einigermaßen gesund heranwachsen. Die elementarsten Voraussetzungen dafür sind eine menschenwürdige Wohnung, ein lebenswertes Umfeld und eine gute Schulbildung. Wenn das gegeben ist, kann ich daran denken mir ein Auto zu leisten, in den Urlaub zu fahren usw.

So denke ich mir, müsste es auch im Staat funktionieren. Zuerst auf die Kinder schauen, dass genügend Kindergärten, gut ausgestattete Schulen, genügend Lehrplätze und später sichere Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Eine große Herausforderung ist auch ein optimales Gesundheitssystem, menschenwürdige Seniorenheime, Pflegezentren und Förderungen für pflegende Angehörige zu schaffen. Für den Umweltschutz muss Geld in die Hand genommen werden. In diesem Sinne sind Veranstaltungen wie die Rennen am A1 Ring oder die Flugshow zu betrachten. Wie viele nachhaltige Arbeitsplätze werden damit geschaffen? Oder wie steht es mit dem Umweltschutz bei diesen fragwürdigen Veranstaltungen.

Wichtig ist mir noch, dass das Geld dort abgeholt wird, wo es vorhanden ist: bei den Banken und den Konzernen. Wir „Kleinen“ müssen unsere Beiträge für das Staatsbudget pünktlich leisten. Da gibt es keine Möglichkeit, Steuern schuldig zu bleiben.

Zum Bundesheer im Besonderen wäre noch zu sagen: Es ist schlimm genug, dass das Bundesheer der größte Arbeitgeber in unserer Region ist. Alle anderen Betriebe wurden ausgehungert, zerstückelt, verkauft. Wir müssen uns alle dafür einsetzen, dass das Bundesheer nicht weiter aufgerüstet wird (Eurofighter) und andere wichtige Dinge dabei auf der Strecke bleiben.

Erika Friesacher

Unsere Kandidinnen und Kandidaten:

1. Peter Lorberau, geb. 1949, Universalhärter
2. Erika Friesacher, geb. 1940, Hausfrau
3. Alois Seidl, geb. 1949, Pensionist
4. Ing. Eduard Krivec, geb. 1949, Pensionist

Liebe Zeltwegerinnen und Zeltweger!

Für eine kleine Partei ist jede Wahl eine „Schicksalswahl“. Wenige Stimmen können darüber entscheiden, ob wir weiterhin im Gemeinderat vertreten sind.

Wenn Sie der Meinung sind, es ist gut, dass die KPÖ im Zeltweger Gemeinderat vertreten ist und wenn Sie weiterhin durch unserer Gemeindezeitung die „Zeltweger Nachrichten“ informiert werden wollen, ersuchen wir Sie um Ihre Stimme.

Die KandidatInnen der KPÖ

**Privilegien
Gebührenerhöhungen
Freunderlwirtschaft** ?

Mit uns nicht!



KPÖ

im Gemeinderat

www.kpoe-steiermark.at

Dafür steht die KPÖ:

Für einen Gebührenstopp

Alles wird teurer. Die breite Masse der Bevölkerung wird schon genug belastet. Die Wirtschaftskrise hat die die Lage noch verschärft. Ein Gebührenstopp muss her.

Mehr Geld für die Gemeinden

In der Gemeinde spielt sich das tägliche Leben der Menschen ab. Deshalb brauchen die Gemeinden auch die nötigen Mittel. Anstatt über die leeren Steuertöpfe zu jammern, sollte das Geld dort geholt werden, wo es reichlich vorhanden ist. Deshalb ist die KPÖ für die Einführung einer Reichsteuer aktiv, deren Ertrag auch den Gemeinden zugute kommen soll.



Für den Erhalt öffentlichen Eigentums

Privatisierung und Ausgliederung haben sich als Nachteil für die Beschäftigten und für die KundInnen erwiesen. Die Krise hat gezeigt, wer für den Privatisierungswahn der letzten Jahre bezahlen muss. Werden Gewinne gemacht, fließt das Geld in private Taschen. Kommt es zu einer Krise, muss der Staat und die damit die SteuerzahlerInnen einspringen.

Auf Grund der Finanznöte der Gemeinden steigt der Druck, Gemeindeeigentum zu verkaufen. Die KPÖ ist der Meinung, dass vor allem die Bereiche der Daseinsvorsorge, wie z.B. Wasser, Müllentsorgung, Wohnungen, Energie, Gesundheitswesen, Pflege oder Verkehr in öffentlicher Hand bleiben müssen.

Gegen Politikerprivilegien

Die KPÖ war immer schon der Meinung, dass die PolitikerInnenbezüge zu hoch sind. Wir haben als einzige Partei gegen die Pläne von Städte- und Gemeindebund gestimmt, die Bezüge wieder kräftig zu erhöhen. Seitdem KPÖ PolitikerInnen in Funktionen sind, die mit einem hohen Einkommen verbunden sind, gibt es den KPÖ-Sozialfonds. Dorthin wird von den KPÖ-Landtagsabgeordneten und StadträtInnen ein wesentlicher Teil ihres Einkommens einbezahlt, um Menschen zu helfen, denen es nicht so gut geht. Im Zeltweger Gemeinderat wurde unser Antrag auf Senkung der Bezüge der Ausschussvorsitzenden von SPÖ, ÖVP und Grünen abgelehnt.



Für mehr Gemeindedemokratie

In den letzten Jahren hat es sich seitens der Gemeindeverantwortlichen eingebürgert, wichtige Beschlüsse in der nicht-öffentlichen Sitzung des Gemeinderates zu behandeln. Hier geht es um Steuermittel der ZeltwegerInnen. Es gibt keinen Grund die Öffentlichkeit auszuschließen. Wir haben gegen diese Vorgangsweise protestiert.

Für die MieterInnen

Eine leistbare Wohnung ist eine wesentliche Bedingung für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde. Wir haben uns gegen den Verkauf der Bundeswohnungen ausgesprochen und die MieterInnen informiert. Im Gemeinderat sind wir dafür eingetreten, dass die Mieten nicht erhöht werden.

Im Landtag sind wir für eine Verbesserung der Organisation der Wohnbeihilfenstelle eingetreten, damit die MieterInnen nicht mehr so lange auf ihre Beihilfe warten müssen. Auch die Anhebung der Wohnbeihilfe ist unser ständiges Anliegen. Damit die MieterInnen zu ihrem Recht kommen führen wir Mietrechtsberatungen durch.

**Kostenlose
Mietrechts-
beratung**



Für einen Heizkostenzuschuss

Schon einmal haben wir den Antrag gestellt, die Gemeinde solle für Menschen mit geringem Einkommen einen Heizkostenzuschuss einführen. Leider wurde unser Antrag abgelehnt. Die Wirtschaftskrise macht diese Unterstützung besonders notwendig und wir wollen uns wieder dafür einsetzen.

Für Arbeitsplätze mit fairer Bezahlung

Die Menschen brauchen Arbeitsplätze mit einer Bezahlung von der man/frau gut leben kann. Das ist wichtig für die Entwicklung unserer Stadt, unserer Region und unserer Gesellschaft. Gerade jetzt müsste die öffentliche Hand investieren und Arbeitsplätze schaffen, anstatt die Ausgaben zurückzufahren. Die KPÖ ist für ein Beschäftigungsprogramm der öffentlichen Hand. Arbeitsplätze sollen geschaffen werden: z.B. in der Pflege, im Gesundheits- und Bildungswesen, durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, durch eine Wohnbauoffensive und die Sanierung öffentlicher Gebäude, die Erforschung und den Ausbau erneuerbarer Energie.



Für Neutralität und gegen Aufrüstung

Seit Jahrzehnten setzt sich die KPÖ konsequent für unsere Neutralität und gegen Militarisierung und Aufrüstung, wie z.B. den Ankauf der Eurofighter, ein. Das Aichfeld wird immer mehr zur Militärregion. Das ist keine gute Entwicklung. Wir sind für die Ansiedelung neuer, ziviler Projekte. Um die Belastungen durch die Eurofighter zu vermindern braucht es einen verbindlichen Flugeinsatzplan.

Für soziale Gerechtigkeit

Es darf nicht sein, dass in unserem Land immer mehr Menschen arbeitslos und an und den Rand gedrängt werden, während eine kleine Elite immer reicher wird.

KPÖ übergibt Nationalrat 5.000 Unterschriften für Besteuerung großer Vermögen

Die Schere zwischen den Reichen und den Armen, aber auch dem sogenannten Mittelstand, wird immer größer. Ungeheure Vermögen liegen in den Händen einer winzigen Minderheit.

Steuern wie die Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer wurden abgeschafft. Milliardensummen sind steuerschonend in Stiftungen geparkt. MillionärInnen zahlen in Österreich fast keine Steuern. Österreich hat die niedrigste Vermögensbesteuerung aller OECD-Staaten. Das ist ungerecht.

Die KPÖ hat Unterschriften für eine Petition zur Einführung einer Reichensteuer gesammelt. Vermögen von mehr als einer Million Euro sollen mit einer Vermögenssteuer von 5 Prozent, zweckgebunden für Beschäftigungsprogramme, Existenzsicherung und Armutsbekämpfung besteuert werden. Die über 5.000 gesammelten Unterschriften wurden am 5. November im Parlament in Wien übergeben.

SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ gegen Reichensteuer

Unsere Petition wurde nun im Petitionsausschuss des Parlaments behandelt. Es wurde eine Stellungnahme des Finanzministeriums eingeholt. Diese Stellungnahme liegt nun vor. Im Namen von Finanzminister Josef Pröll wird die Besteuerung großer Vermögen klar abgelehnt. Auch SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ lehnten die Reichensteuer ab.

Im Protokoll des Parlaments steht zu lesen:

„Eine Bürgerinitiative mit dem Titel „Reichensteuer jetzt!“ wurde lediglich von Grün-Abgeordnetem Harald Walser unterstützt. Er wies darauf hin, dass sich das Budget „in argen Nöten“ befinde und auch Vermögende einen Beitrag zur Budgetkonsolidierung leisten müssten. Dem gegenüber schlossen sich Abgeordnete Dorothea Schittenhelm (ÖVP), Abgeordneter Wolfgang Spadiut (BZÖ) und Abgeordnete Susanne Winter (FPÖ) der ablehnenden Stellungnahme des Finanzministeriums an. Es sei nicht angebracht, bereits versteuertes Einkommen nochmals zu versteuern, wandte sich Schittenhelm dezidiert gegen eine Vermögenssteuer.“ Die Aussage der SPÖ wird im Parlamentsprotokoll nicht angeführt, aber auch die SPÖ hat der Stellungnahme des Finanzministeriums zugestimmt.



Die KPÖ-Labg. Renate Pacher (Mitte) und Claudia Klimt-Weithaler (2.v.rechts) in Begleitung von Unterstützern der Petition

Dieses Abstimmungsergebnis ist eine Schande. Die ÖVP war ja schon immer die Schutzpartei der Reichen. Dass FPÖ und BZÖ nicht die Interessen der „kleinen Leute“ vertreten, haben sie mit der Ablehnung einer Reichensteuer bewiesen. Leider ist das Gerede der SPÖ von Gerechtigkeit und Umverteilung des Reichtums auch nicht viel mehr als Wahlkampfhetorik. Trotz dieser Ablehnung ist der Kampf um eine Vermögensbesteuerung nicht vorbei. Denn hier geht es um eine grundsätzliche Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Brauchen wir neue Steuern?

Gegner einer Reichensteuer argumentieren, dass es gerade in der Wirtschaftskrise keine neuen Steuern geben darf. Außerdem würden dadurch die Besitzer eines Eigenheims geschröpft.

Die KPÖ tritt für eine Steuer für Vermögen ab einer Million Euro ein. Ein normaler Hausbesitzer wäre also davon gar nicht betroffen. Eine Reichensteuer wäre keine Massensteuer, sondern würde nur die Reichen treffen. In Wahrheit werden die Häuselbesitzer als Vorwand genommen, um die Interessen einer kleinen Elite zu schützen.

PLANUNG UND AUSFÜHRUNG VON ELEKTROINSTALLATIONEN
ALARMANLAGEN
BLITZSCHUTZANLAGEN
ANTENNENANLAGEN
VERKAUF

ELEKTRO
VIDENSEK

A-8740 ZELTWEGER, Hauptstraße 108
Tel. 03577 / 25 4 02 • Fax 03577 / 25 2 46

Familie Galler

Dorfschenke

Hauptstraße 209 • 8740 Farrach/ Zeltweg
Tel.: 03577 22041 • www.dorfschenke.eu

Gegen Intoleranz und Ausländerfeindlichkeit

Seit dem Zusammenbruch des Sozialismus hat sich die Welt verändert. Der ungezügelter Kapitalismus zeigt sein wahres Gesicht. Es zählt nicht der Mensch, sondern nur der Profit. Das hat die Lebenswelt der Menschen verändert.

Soziale Unsicherheit, Armut, Entsolidarisierung und die Ausbeutung in der Arbeitswelt nehmen zu. Daneben sollen Konsum und Events eine heile Welt vorgaukeln. Viele Menschen sind verunsichert und haben Angst vor der Zukunft. Das kann zu einer Gefahr für die herrschenden Eliten werden. Ein Ventil muss her. Diese Aufgabe erfüllen die rechten Demagogen mit ihren einfachen Antworten: Die AusländerInnen sind schuld.

Wer die Ursache für die bestehenden Schwierigkeiten in AusländerInnen sieht, der ist keine Gefahr mehr für die Herrschenden, denn die angeblich Schuldigen sind gefunden, und das bestehende System wird nicht mehr hinterfragt.

Je unsozialer und unsolidarischer unsere Gesellschaft wird, desto mehr

Aufwind wird es für FPÖ und BZÖ geben. Alle, die eine Stärkung des rechten Lagers mit Sorge erfüllt, sind aufgerufen nach alternativen Antworten zu suchen

Die KPÖ tritt ein für eine gerechte, soziale und solidarische Gesellschaft. Wir sind gegen Rassismus und Intoleranz. Nicht die so genannten „AusländerInnen“, sondern dieses kapitalistische System, in dem der Profit das oberste Gebot ist, verhindert, dass alle Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen leben können.

Die KPÖ wird sich mit ihren bescheidenen Kräften, ausgehend von unseren Positionen im Landtag und in den Gemeinden, bemühen ein Gegengewicht zur Politik der Ausbeutung, des Sozialabbaus und der Intoleranz zu schaffen.

Jetzt schon an den Sommer denken!



Ferien am Turnersee in Kärnten und in St. Radegund bei Graz



Informationen:

Brigitte Krivec:

Tel: 0650/38 33 972

Erika Friesacher:

Tel.: 03577/ 225 29

Der ganz normale kapitalistische Wahnsinn

Voestalpine

Derzeit wird bei der Voestalpine ein radikales Einsparungsprogramm durchgezogen. Allein in Kindberg wackeln 200 bis 300 Arbeitsplätze. Dabei ist die Voest bis 2009 von Rekordgewinn zu Rekordgewinn geeilt. 2003/2004 erfolgte die Totalprivatisierung. Raiffeisen und die Oberbank sind nun die größten Aktionäre.

Seit der Vollprivatisierung hat sich die Dividendenausüttung an die Aktionäre vervielfacht. Im Geschäftsjahr 2006/2007 wurden 16 Prozent des Gewinns an Dividenden ausgeschüttet. Im Geschäftsjahr 2008/2009 waren es bereits 67,5 Prozent. Weil so viel Geld an die Aktionäre geflossen ist, musste die Voest für Übernahmen und Investitionen Kredite aufnehmen. Natürlich im wesentlichen bei Raiffeisen und Oberbank. Das heißt, die Banken verdienen doppelt, an den Dividen-

den und an den Kreditzinsen. Für die Belegschaft aber wird ein Sparpaket geschnürt.

ATB-Spielberg

Ein Interview in der Zeitung Format mit dem ATB-Aktionär Mirko Kovats lässt die Alarmglocken schrillen. Er spricht von einem unvermeidlichen Personalabbau bei ATB. Voitsberg soll mit 400 Beschäftigten sein größter österreichischer Industriestandort werden. Sollen also in Spielberg weniger als 400 Menschen beschäftigt sein? Gleichzeitig sagt Kovats, dass er mir ordentlichen Gewinnen rechne. Eine Bankenbesteuerung lehnt er ab, dafür soll die Mehrwertsteuer auf 22 Prozent erhöht werden. Kovats auf die Frage, dass dies auch ärmere Bevölkerungsgruppen treffen würde: „Keine Sozialromantik bitte. Das Budgetloch gehört gestopft.“

Die 1. Adresse für Bad & Heizung



STEINER

8740 ZELTWEG, Hauptstraße 169
Telefon (03577) 22127, 22910

Beratung, Planung,
Ausführung
und Service

Elektro-, Gas-, Wasser-,
Heizungs-, Lüftungs-,
Klimaanlagen und
Wärmepumpen
Offenerungen, Tankbau
und Regelttechnik
Garagen- und
Schutzraum-
einrichtungen



*„1a durchdacht –
1a gemacht!“*

Abrechnung KPÖ-Sozialfonds

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen sind, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt.

Seitdem die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. LAbg. Renate Pacher (links) und DSA Karin Gruber führen regelmäßige Sozialberatungen durch.



KPÖ - eine wichtige Stimme im Gemeinderat

In Zeltweg hat die SPÖ-Fraktion seit Jahrzehnten die Mehrheit und wird sie auch bei dieser Wahl wieder erreichen. Bei dieser Gemeinderatswahl ist jedoch einiges anders.

Erstmals kandidieren die Grünen, die bei der letzten Wahl an die 18% hatten, nicht mehr. Dafür treten die FPÖ und das BZÖ sowie eine Bürgerliste an. Grundsätzlich ist es kein Nachteil, wenn viele Fraktionen kandidieren. Wir meinen nur, es ist nötig die Hintergründe etwas genauer zu beleuchten.

Bei FPÖ und BZÖ ist zu hinterfragen, ob sie wirklich die Parteien sind, für die sie sich gerne ausgeben. Sie werben mit dem Argument, die neue Arbeiterpartei zu sein und sich vorbehaltlos für dieses Klientel einzusetzen. Die Wahrheit ist eine andere. Leider werden die Auswirkungen ihrer Politik oft rasch vergessen. Zum Beispiel die enormen nachhaltigen Verschlechterungen im Pensionssystem sind von der Schwarz-Blauen Regierung eingeführt worden. Die FPÖ war hier nicht Bremser und Vertreter der ArbeiterInnen und Angestellten, sondern Triebkraft dieser Verschlechterungen. Auch ein Blick über unsere Landesgrenzen nach Kärnten zeigt, was FPÖ und BZÖ unter Landes- und Gemeindepolitik verstehen.

Zu Bürgerlisten: Viele solcher Listen treten meist zur Wahl an, weil sie mit einer Entscheidung in der Gemeinde nicht einverstanden sind. Gemeindepolitik ist aber mehr als nur einen Protest zu einer Sache auszudrücken. Sie umfasst den vielschichtigen Bereich menschlichen Zusammenlebens in der Gemeinde und oftmals ist die anfängliche Euphorie dieser Bürgerlisten bald verpufft.

Wir wissen, für uns wird es bei dieser Wahl keineswegs leichter, den Einzug in den Gemeinderat wieder zu schaffen. Wir haben aber in der Vergangenheit bewiesen, dass auf den KPÖ-Mandatar im Zeltwegger Gemeinderat immer Verlass war, wenn es um die Interessen der Zeltweggerinnen und Zeltwegger geht. Wir haben versucht eine ehrliche, kritische aber auch konstruktive Oppositionspolitik zu machen.

Dies wollen wir auch in Zukunft so halten und bitten Sie daher uns bei dieser Gemeinderatswahl am 21. März wieder zu unterstützen.

Abrechnung KPÖ-Sozialfonds Renate Pacher

Jänner bis Dezember 2009

EINNAHMEN:

Einzahlungen Renate Pacher	16.300,21 Euro
Übertrag Rest von 2008:	1.052,14 Euro
Zinsen 2008:	7,75 Euro
Summe	17.360,10 Euro

AUSGABEN:

Für 237 Unterstützungsfälle:	17.410,56 Euro
Saldo:	-50,46 Euro

2009 KPÖ insgesamt:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2009: 163.897,64 Euro für 1.311 Personen. Seit 1998 wurden 6.683 Personen mit einer Gesamtsumme von 965.184,87 Euro unterstützt. Das sind mehr als 13 Millionen Schilling.

Sozialfonds Pacher Renate insgesamt:

Seit Oktober 2005 gab es 755 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 64.406,73 Euro unterstützt wurden.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.000 Euro im Monat. LAbg. Renate Pacher behält 1.900 Euro. Das ist ihr einziges Einkommen. Jedes Jahr legen die KPÖ-MandatarInnen offen, wofür diese Gelder verwendet wurden.

Ist Wahlverweigerung ein wirksamer Protest?

Viele Menschen sagen, dass sie gar nicht zur Wahl gehen wollen. Die Enttäuschung der Menschen über die Politik ist berechtigt, denn die herrschenden Parteien handeln im Interesse der Eliten und der Konzerne. Die EU wirkt dabei noch als Brandbeschleuniger für alle Verschlechterungen.

Nur: nicht zur Wahl zu gehen bewirkt gar nichts. Das zeigt das Beispiel der letzten Zeltwegger Gemeinderatswahlen: 1995 waren in Zeltweg 174 Stimmen nötig um ein Mandat zu erreichen. Inzwischen ist die Wahlbeteiligung dramatisch gesunken. Diese Wahlverweigerung hat nur bewirkt, dass bei den Wahlen 2005 nur mehr 152 Stimmen für ein Mandat benötigt wurden. Bei der SPÖ ist - trotz Stimmenverlusten - die Anzahl der erreichten Mandate gleich geblieben.

Für die Erlangung des Wahlrechtes haben Menschen gekämpft und sind sogar dafür gestorben. **Dieses Recht nicht ausüben zu wollen stärkt nur die Mächtigen und bringt keinerlei Veränderung.**

LISTE 3
 **KPÖ**